



# Neue Zürcher Zeitung

**archiv.nzz.ch**

Das Zeitungsarchiv der NZZ seit 1780

---

## **Herzlich willkommen im NZZ Archiv**

Die von Ihnen bestellte Seite aus dem NZZ Archiv im PDF-Format:

### **Neue Zürcher Zeitung vom 20.11.2019 Seite 27**

*NZZ\_20191120\_27.pdf*

Nutzungsbedingungen und Datenschutzerklärung:  
[archiv.nzz.ch/agb](http://archiv.nzz.ch/agb)

Antworten auf häufig gestellte Fragen:  
[archiv.nzz.ch/faq](http://archiv.nzz.ch/faq)

Kontakt:  
[leserservice@nzz.ch](mailto:leserservice@nzz.ch)

# «In der Schweiz geht es erstaunlich fair zu»

Florian Scheuer erforscht die Besteuerung der Superreichen. Er rät im Gespräch mit Christoph Eisenring zwar zu gewissen Anpassungen, warnt aber auch vor dem Irrglauben, Umverteilung sei gratis

Herr Scheuer, weshalb sollen uns die Superreichen interessieren? Die 400 Personen auf der «Forbes»-Liste sind ja nur 0,0003% der Amerikaner.

Weil diese Leute sehr reich sind, geht es potenziell um hohe Steuereinnahmen. Und es gibt diverse Länder, die neue Einnahmequellen brauchen werden. Selbst in der Schweiz ist zu erwarten, dass die Steuereinnahmen deutlich sinken werden, wenn sich die OECD-Vorschläge zur Mindestbesteuerung von Firmen und zur Besteuerung nach Umsatzanteil durchsetzen. Dazu kommt, dass die Ungleichheitsdebatte eine grössere Rolle in einem Teil der Gesellschaft spielt.

Merken Sie das auch bei Ihren Studenten?

Auf jeden Fall. Und es ist nicht nur Neid, sondern das Interesse daran, welchen Anteil ihres Einkommens die Superreichen an Steuern bezahlen. Es geht um die Frage, ob jede Gruppe auch ihren «fairen Teil» beiträgt.

Wie steht es um die Entwicklung der Ungleichheit in der Schweiz?

Die Schweiz ist international gesehen ein Ausreisser. Bei den Einkommen ist die Verteilung erstaunlich ausgeglichen. Der Anteil, der an das oberste Prozent geht, ist viel niedriger als in den USA, und auch von diesem extremen Trend zu grösserer Ungleichheit ist kaum etwas zu sehen. In diesem Sinne geht es in der Schweiz «gerecht» zu. Das ist eine Erfolgsgeschichte.

Welche Gründe sehen Sie dafür?

Die Schweiz hat ein sehr starkes progressives Element, das oft übersehen wird. Das ist die Finanzierung der AHV: Arbeitnehmer und -geber führen zusammen stets 11% des Bruttolohnes ab, egal wie hoch das Einkommen ist. Andere Länder haben hier eine Obergrenze. Dann spielen soziale Normen noch eine stärkere Rolle als in den USA. Lohnexzesse stossen auf mehr Missfallen.

Wenn Leute wie Jeff Bezos oder Bill Gates märchenhaft reich werden, so doch nur deshalb, weil ihre Innovationen Millionen Menschen einen Mehrwert bieten. Muss man sie steuerlich besonders stark «herannehmen»?

Nein, man könnte sogar argumentieren, dass ihre Innovationen die Wirtschaft so revolutioniert haben, dass sie eher zu wenig verdienen – Steve Jobs war wohl noch unterbezahlt. Es geht aber nicht darum, ihnen etwas wegzunehmen, vielmehr tragen wir alle zur Ge-

«Am ehesten würde ich die Einkommenssteuer progressiver gestalten.»

sellschaft bei, und das darf man auch von den Reichen erwarten. Zudem mag es auch Aktivitäten geben, die überbezahlt sind. Der Hochfrequenzhandel könnte so ein Fall sein: Ob in Nanosekunden statt Millisekunden gehandelt wird, ist für die Wohlfahrt kaum entscheidend. Das ist jedoch ein Problem, das man nicht mit Steuern angehen sollte, sondern indem man die Regeln am Finanzmarkt anpasst.

Bereichert sich das reichste Prozent auf Kosten der restlichen 99%?

Es fällt halt zeitlich zusammen, dass sich in den USA die Einkommen des reichsten einen Prozents verdoppelt haben, während sich bei den restlichen 99% in den letzten 25 Jahren wenig getan hat. Das ist erst einmal nur eine Korrelation, aber keine Kausalität.

Wie hoch liegt denn der Einkommenssteuersatz, der die Einnahmen des Fiskus maximieren würde?



In der Schweiz sind diejenigen mit den grossen Portemonnaies dem Rest nicht einfach davongeeilt.

CHRISTIAN BEUTLER / KEYSTONE

Für die USA weisen Studien Werte von 60 bis 70% aus. Unsere Forschung deutet eher auf 40 bis 50%. Das sind Werte, die in der Realität oft schon erreicht werden.

Sie begründen Ihre niedrigeren Sätze mit dem Superstar-Effekt. Was meinen Sie damit?

Heute können kleine Unterschiede in den Fähigkeiten von Firmenchefs zu grossen Produktivitäts- und somit Einkommensunterschieden führen. Der Grund ist, dass «Superstars» oft grossen Firmen vorstehen, in denen ihre Entscheidungen entsprechend grosse Konsequenzen haben. Wenn Manager wegen einer Steuersatzänderung ihr Engagement verringern, reduziert sich auch die Wertschöpfung überproportional, weil sie dann kleineren Firmen vorstehen. Weil wir diesen Effekt einbeziehen, kommen wir auf geringere maximale Steuersätze.

Es ist noch nicht so lange her, da haben viele Ökonomen eine «flat tax» empfohlen, also einen einzigen Steuersatz, kombiniert mit einem grosszügigen Abzug. Gilt das nicht mehr?

Manche Staaten in Osteuropa haben sich davon inspirieren lassen und haben eine solche «flat tax» eingeführt. Diese Vorschläge stammen aus den 1980er Jahren. Damals hat man die Effizienz stärker gewichtet, weil es etwa in den USA sehr hohe Grenzsteuersätze gab. Dann kam es unter Präsident Ronald Reagan zu Steuersenkungen. Gleichzeitig hat seither die Ungleichheit massiv zugenommen. Entsprechend ist der Fokus wieder stärker darauf gerichtet, das Steuersystem progressiver auszugestalten.

Moderne Ökonomen rühmen sich, dass sie empirisch vorgehen und nicht ideologisch seien. Gilt dies auch für Autoren wie Thomas Piketty und nun Gabriel Zucman oder Emmanuel Saez, die gerade mit dem Buch «The Triumph of Injustice» für Aufsehen sorgen?

Die genannten Namen verstehen sich als politische Aktivisten. Sie haben wichtige Datenarbeit geleistet, aber man muss immer im Hinterkopf behalten, dass sie die Forschung benutzen, um ihre politische Agenda für deutlich mehr Umverteilung zu unterstützen.

Die Frage bei den 400 reichsten Amerikanern ist doch auch, wie dauerhaft dieser Reichtum ist. Wenn es in dem Klub ständig Wechsel gibt, kann man gewiss nicht von einer neuen Oligarchie sprechen.

Es gibt hierzu eine gute und eine schlechte Nachricht: Die Daten zeigen, dass es heutzutage mehr Personen in dieser Gruppe hat, die ihr Vermögen selbst erarbeitet haben, und ihr weniger Personen als früher aufgrund von Erbschaften angehören.

Und was ist die schlechte Nachricht?

Wenn man untersucht, wer mindestens zehn Jahre nacheinander auf der Liste ist, dann hat dieser Anteil von 35% im Jahr 1992 auf 60% im Jahr 2018 zugenommen. Es gibt also eine stärkere Beharrungstendenz. Generell Sorge bereiten muss, dass in den USA die intergenerationelle Mobilität über Einkommensklassen hinweg abgenommen hat. Und die wenigen Studien, die wir von der Schweiz haben,



Florian Scheuer  
Ökonomieprofessor  
Universität Zürich

zeigen ebenfalls eine relativ geringe Mobilität. Das ändert man jedoch nicht nur über das Steuersystem. Wichtiger ist hier, wie man mit Kindern aus bildungsfernen Familien umgeht.

2010 hat die OECD noch gesagt, Unternehmenssteuern seien schlecht, weil sie die innovativsten Firmen bestrafe. Gilt das immer noch?

In fast allen Ländern sind die Unternehmenssteuern über die letzten 20 Jahre stetig gesunken. Die OECD setzt sich jetzt für eine Mindestbesteuerung und Koordinierung ein, weil man das Gefühl hat, dass der Steuerwettbewerb zu weit gegangen ist.

Aber die Steuereinnahmen von Deutschland oder der Schweiz waren noch nie so hoch wie heute – trotz Steuerwettbewerb. Gewiss, aber das hat mit der langen Phase guter Konjunktur zu tun.

Vielleicht hat indes der gute Wirtschaftsgang auch mit den niedrigen Unternehmenssteuern zu tun.

Das kann ein Aspekt sein. Aber dass sich solche Steuersenkungen quasi selbst finanzieren, stimmt wohl nicht, wenn man die jüngsten Defizitzahlen aus Washington anschaut. So kletterte das Defizit im Fiskaljahr 2019 gegenüber dem Vorjahr um gut einen Viertel auf fast 1 Bio. \$.

Aber gehen diese OECD-Bestrebungen in die richtige Richtung?

Dass man den Umsatz in einem Land stärker als heute dafür heranzieht, wo Gewinne versteuert werden, finde ich in Ordnung. Ein Teil der Wertschöpfung der Technologiefirmen entsteht etwa dadurch, dass sie Daten sammeln, da, wo die Kunden sind. Nur nach Umsatz zu gehen, wäre gleichzeitig unfair gegenüber attraktiven Standorten, die Innovationen begünstigen, man denke an die Pharmaindustrie in Basel.

Würden Sie den Steuerwettbewerb abschaffen?

Nein, das wäre der falsche Weg. Der Steuerwettbewerb hat eine disziplinierende Wirkung auf den Staat. Deshalb sehe ich auch die weltweite Besteuerung ihrer Bürger durch die USA sehr kritisch, weil man dann gar keine Möglichkeit mehr hat, dem Steuersystem zu entfliehen, wenn es extrem ineffizient wird.

Die Schweiz ist sehr stolz auf ihren Steuerwettbewerb...

... zugleich ist dieser aber auch hier keineswegs absolut, weil es den Finanzausgleich gibt.

Die OECD behauptet in Studien, dass es gar keinen Zielkonflikt zwischen Effizienz und Gerechtigkeit gebe, dass man also mehr umverteilen könne, ohne dass dies Wachstum koste. Ist das die herrschende Meinung unter Ökonomen? Das würde ich nicht unterschreiben. Glaubwürdiger sind Studien, die unter-

suchen, wie Menschen auf Steuersatzänderungen reagieren. Und da sieht man eindeutige Effekte, zum Beispiel stärkere Steuervermeidung oder am oberen Ende die Umwandlung von Arbeits- in Kapitaleinkommen, wenn Letzteres geringer besteuert wird. Dazu kommen längerfristige Wirkungen, die kaum zu messen sind, aber sehr bedeutsam sein können: dass junge Leute weniger in Humankapital investieren oder weniger Risiken eingehen. Es muss sich lohnen, dass man sich jahrelang für wenig Geld abrackert, weil eben die Möglichkeit winkt, der nächste Elon Musk zu sein.

Wo sehen Sie bei der Besteuerung der Superreichen einen Nachholbedarf?

Die USA könnten die Regel abschaffen, dass man Kapitalgewinne nie besteuert, wenn man sie im Laufe des Lebens nie realisiert. Derzeit werden 50 bis 60% der Kapitalgewinne gar nie besteuert.

Und für die Schweiz?

Da sehe ich weniger Korrekturbedarf als für die USA. Am ehesten würde ich noch die Einkommenssteuer progressiver gestalten, wenn es mehr Mittel braucht. Wichtig ist zudem, dass die Freibeträge bei Vermögens- und allfälligen Erbschaftssteuern hoch sind.

Ist es nicht naiv, zu glauben, dass der Staat die Einnahmen aus höheren Steuern auch sinnvoll einsetzt?

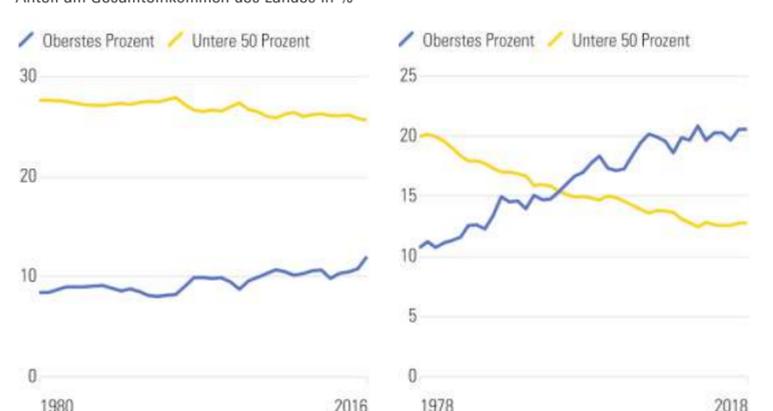
Hinter Ihrer Frage steckt der Gedanke des «starve the beast», also den Staat so klein wie möglich zu halten. Die Schweiz ist dafür nach meinen Erfahrungen kein gutes Beispiel. Durch den Steuerwettbewerb und die direkte Demokratie ist doch alles ziemlich unter Kontrolle. Wenn etwas gemacht wird, hat es auch wirklich die Unterstützung der Stimmbürger.

## Faszination Ungleichheit

Im amerikanischen Wahlkampf überbieten sich die demokratischen Kandidaten mit Vorschlägen, wie man Reiche stärker besteuern könnte. Das Thema Ungleichheit hat viele jüngere Ökonomen elektrisiert. Dazu gehört auch Florian Scheuer, der seit zwei Jahren an der Universität Zürich forscht. Der junge Professor wurde vom «Handelsblatt» kürzlich zum forschungstärksten Ökonomen unter 40 Jahren erkoren. Der Vater von Zwillingen hat seine Karriere bisher vorwiegend an den besten amerikanischen Universitäten verbracht. Vor der Abreise zu einem Vortrag in Mailand hat er im UBS Center for Economics in Society skizziert, wie er das Steuersystem ändern würde und weshalb er den Umgang der Schweiz mit der Ungleichheit für eine Erfolgsgeschichte hält.

In der Schweiz hat die Ungleichheit kaum zugenommen (Grafik links), in den USA hingegen stark (Grafik rechts)

Anteil am Gesamteinkommen des Landes in %



QUELLE: WORLD INEQUALITY DATABASE

NZZ / ceii